

## Bundeshaushalt 1992:

# Für Wachstum und Stabilität

Mit dem Bundeshaushalt 1992 knüpft die Bundesregierung an die in den Jahren 1982 bis 1989 erfolgreiche Konsolidierungspolitik an. Die Bundeshaushalte 1990 und 1991 standen ganz im Zeichen der Deutschen Einheit. Durch niedrige Ausgabenzuwächse wird künftig der finanzielle Spielraum zurückgewonnen.

Das Ausgabevolumen des Bundeshaushaltes 1992 beläuft sich auf 422,1 Milliarden DM. Durch die Begrenzung des Ausgabenwachstums auf 2,9 Pro-

**Auszüge aus den Redebeiträgen  
in der Haushaltsdebatte des Bundestages  
auf den Seiten 2 bis 14**

zent und die höheren Steuereinnahmen kann die Neuverschuldung im Vergleich zum Entwurf um 4,5 Milliarden DM auf 45,3 Milliarden DM verringert werden. Gegenüber dem Soll 1991 ist das eine Verminderung um 21 Milliarden DM. Die Rückführung der Neuverschuldung wird über das Jahr 1992 hinaus konsequent fortgesetzt. Der Bund setzt damit ein deutliches Zeichen für die Wirtschaft. Aber auch die Länder und Gemeinden sind aufgefordert, ihre Haushaltspolitik auf das gesamtwirtschaftliche Ziel der Stabilität auszurichten. Hier stehen auch die SPD-regierten Länder und Gemeinden in der Verantwortung. ■

### HEUTE AKTUELL

- **Europa**  
Bernhard Sälzer: Am Vorabend von Maastricht. Seite 16
- **Wirtschaft**  
Sachverständigen Gutachten bestätigt Regierungspolitik. Seite 18
- **Konzessionsabgaben**  
Eine wichtige Einnahmequelle für unsere Kommunen ist gesichert. Seite 21
- **Alfred Dregger**  
Die Fraktion mit sicherer Hand zu großen Erfolgen geführt. Seite 22
- **Bundesfachausschuß**  
Gleichwertige Lebensbedingungen auch für den Sport herstellen. Seite 24
- **OMV**  
Bundeskanzler Helmut Kohl: Vertriebene sind Brücke zum Osten. Seite 26

### Helmut Kohl:

Wir haben jetzt die einmalige Chance, die europäische Einigung zu erreichen. Rede des Bundeskanzlers in der Haushaltsdebatte des Bundestages. Grüner Teil

**Wolfgang Schäuble:**

## Vorurteilsfreie Bestandsaufnahme notwendig

**Es gehört natürlich zu einer Haushaltsdebatte, daß man den Standort bestimmt.**

Ich denke, daß dieser Haushalt 1992 wie die der kommenden Jahre im wesentlichen bestimmt wird durch die deutsche Einheit, durch die Vollendung dessen, was Großartiges in den letzten Jahren erreicht worden ist, und durch die dramatischen Veränderungen insbesondere in Osteuropa. Dazu brauchen wir eine vorurteilsfreie Bestandsaufnahme.

### Zuversicht und Hoffnung

Weiß Gott, die Probleme sind nicht alle gelöst, aber wir sind in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht und auch beim Beginn, den Umweltskandal zurückzuführen, den der real existierende Sozialismus in der DDR hinterlassen hat, gut vorangekommen, und die Menschen in den östlichen Bundesländern schöpfen neue Zuversicht und neue Hoffnung.

Die Vollendung der deutschen Einheit ist eine Aufgabe für Bund und Länder. Wenn der Bund, wie Berechnungen ergeben haben, im Jahre 1991 60 Milliarden Mark und die elf westlichen Länder 3,2 Milliarden Mark für die östlichen Länder leisten, dann ist das im Rahmen der gesamtstaatlichen Verantwortung so nicht in Ordnung.

### Historisches Verdienst

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch folgendes sagen. Ich glaube, auch diejenigen, die nicht in allen Punk-

ten die Politik von Helmut Kohl loben, bestreiten ja nicht, daß es zu dem historischen Verdienst dieses Bundeskanzlers gehört, daß wir die deutsche Einheit und die europäische Einigung eng und untrennbar miteinander verbunden gehalten haben.

Deswegen ist die deutsche Einheit auch gut gelungen. Deswegen müssen wir auch jetzt bei der Vollendung der deutschen Einheit, bei der Schaffung einheitlicher Lebensverhältnisse unsere Verantwortung für Europa als Ganzes zugleich sehen.

**Auszüge aus den Redebeiträgen in der Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag am 27. und 28. November.**

Deshalb müssen wir Alleingänge vermeiden, auch was den Krieg in Jugoslawien anbetrifft.

Wir dürfen bei der Wut, die wir alle miteinander über das, was in Jugoslawien stattfindet, empfinden, nicht zu Alleingängen kommen, weil wir all das wieder aufs Spiel setzen würden, was wir in mehr als 40 Jahren seit Ende des Zweiten Weltkriegs erreicht haben, nämlich daß dieses freie demokratische Deutschland fest eingebunden bleibt in die Gemeinschaft der Demokratien Westeuropas und im übrigen auch in das transatlantische Bündnis.

Wir brauchen im übrigen angesichts neuer Risiken, neuer Auseinandersetzungen, neuer Instabilitäten so rasch wie möglich europäische Friedensstrukturen. Solche Friedensstrukturen kann Westeuropa, die Europäische Gemeinschaft nur gemeinsam mit unseren osteuropäischen Partnern schaffen. Wenn es uns nicht gelingt, dies rasch zu schaffen, dann, fürchte ich, könnten wir verspielen, was

wir an großartigen Erfolgen in den letzten Jahren erreicht haben.

Außenpolitische Handlungsfähigkeit heißt auch, gleichberechtigte Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland, notfalls auch der Bundeswehr im Rahmen der Vereinten Nationen sowie im Rahmen eines europäischen Streitkräfteverbundes.

Ich habe den Eindruck, daß sich das Tempo der weltweiten Veränderungen in Deutschland und in Europa zu beschleunigen scheint. Ich glaube, daß viele Menschen heute stärker als früher empfinden, was an Risiken vor ihnen liegt.

Deswegen sage ich: Wir dürfen die Menschen mit diesen neuen Verunsicherungen nicht alleine lassen, sondern wir müssen ihnen Wege der Hoffnung zeigen. Wir müssen handeln.

Wir haben auch die Pflicht, den Menschen ein Stück Hoffnung zu machen.

Wir haben ferner die Pflicht, keine falschen Erwartungen zu erwecken, auch in den Ansprüchen dessen, was der Staat in kurzer Zeit leisten kann.

Michael Glos:

## **Abgabenbelastung zurückführen**

**Wir beraten in diesen Tagen den Bundeshaushalt 1992 — ein Dokument dafür, welche enormen Anstrengungen erforderlich sind, den ökonomischen und ökologischen Scherbenhaufen zu beseitigen, den 40 Jahre Sozialismus in der ehemaligen DDR angerichtet haben.**

Vollbeschäftigung durch Anstellung zigtausender Stasi-Spitzel zur Überwachung der eigenen Bevölkerung darf nicht im

nachhinein noch als sozialer Erfolg gepriesen werden!

Wir alle müssen ein ausgeprägtes Interesse am Gelingen des Reformprozesses haben, damit es in der Sowjetunion und den anderen Reform-Staaten nicht zu einem gefährlichen Vakuum kommt.

Aber nicht nur die öffentliche Hand ist gefordert. Ohne privates Engagement können die marktwirtschaftlichen Reformen nicht von Erfolg gekrönt sein.

## **Staatsquote verringern**

Ich plädiere außerdem nachdrücklich für einen Verzicht oder zumindest für eine Verschiebung weiterer Belastungen im sozialen wie im Umweltbereich. Nur wenn wir auf diesem Wege voranschreiten, können wir die Staatsquote in der Bundesrepublik Deutschland wieder allmählich zurückführen und die Abgabebelastung, die wir Bürgern und Wirtschaft zur Zeit zumuten müssen, wieder auf ein dauerhaft vertretbares Maß zurückführen. Nur wenn wir die Wirtschaft in den alten Bundesländern in Ordnung halten, haben wir auch die Kraft, den neuen Bundesländern zu helfen; und das möchten wir tun.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat in seinem jüngsten Gutachten gute Chancen konstatiert, daß es mit der ostdeutschen Wirtschaft im kommenden Jahr weiter aufwärts geht. Die gesamtwirtschaftliche Produktion in den neuen Ländern könnte danach 1992 mit einer zweistelligen Rate zunehmen. Gemessen an dem Ziel, gleiche Lebensverhältnisse wie in den alten Bundesländern herzustellen, bedeutet dies zwar nur einen kleinen Schritt. Gemessen am desolaten Zustand der alten Wirtschaftsbasis darf man dies aber gleichwohl als beachtlich ansehen.

**Jochen Borchert:**

## Fortsetzung der Konsolidierungspolitik

**Der uns vorliegende zweite gesamtdeutsche Bundeshaushalt 1992 ist durch folgende Punkte gekennzeichnet:**

● Mit dem Bundeshaushalt 1992 knüpfen wir — nach den Ausnahmejahren 1990 und 1991 aufgrund der Wiedervereinigung Deutschlands — an die erfolgreich praktizierte Konsolidierungspolitik der 80er Jahre wieder an. Obwohl in den Haushaltsberatungen erhebliche Mehranforderungen in einer Größenordnung von mehr als vier Milliarden Mark aufgefangen werden mußten, konnte die Zuwachsrate der Ausgaben auf 2,9 Prozent gesenkt werden.

Die Koalitionsfraktionen haben ihr Versprechen eingelöst, einerseits die Jahrhundertaufgabe — Aufbau der neuen Länder — zu finanzieren und andererseits die Zuwachsrate der Ausgaben weiter zu begrenzen. Ebenfalls in die Tat umgesetzt haben wir unser Vorhaben, die — aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung — eintretenden Steuermehreinnahmen voll zur Verminderung der Nettokreditaufnahme zu verwenden.

### Begrenzung der Ausgaben

● Durch Begrenzung der Ausgaben und durch Steuermehreinnahmen konnte so die Nettokreditaufnahme gegenüber der Regierungsvorlage um 4,5 Milliarden Mark auf 45,3 Milliarden Mark abgesenkt werden. Gegenüber dem vorausichtlichen Ist-Ergebnis 1991 immerhin eine Reduzierung von etwa 14 Milliarden Mark. Gemessen als Anteil am Sozialpro-

dukt betrug die Nettokreditaufnahme 1982 — als Folge einer ausufernden Ausgabenpolitik — 2,2 Prozent. Bis 1989 haben wir die Nettokreditaufnahme auf 0,9 Prozent des Sozialprodukts gesenkt und 1992 werden es mit 1,5 Prozent weniger sein als zu Zeiten der Regierungsverantwortung der SPD. 1982 war die Verschuldung das Ergebnis einer maßlosen Ausgabenpolitik; 1992 dient die Kreditaufnahme der Finanzierung einer bei-spiellosen Jahrhundertaufgabe.

● Wir werden die Konsolidierung mittelfristig konsequent fortsetzen. Für uns bedeutet Konsolidierungspolitik, daß über den Weg strengster Ausgabendisziplin der finanzielle Spielraum zurückgewonnen wird, um die Neuverschuldung

### Finanzen

des Staates auf ein gesamtwirtschaftlich vertretbares Maß zurückzuführen. Gleichzeitig müssen im Haushalt die Ausgaben vom konsumtiven Bereich zu einer investiven Verwendung umgeschichtet werden.

Nur eine konsequente Begrenzung der Ausgaben, bei der die Zuwächse deutlich hinter der Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Leistung zurückbleiben, verbessert die Angebotsbedingungen der Volkswirtschaft, stärkt das Vertrauen in die Stabilität unserer Währung, gibt den internationalen Kapitalmärkten die richtigen Signale und ist Ausdruck einer stabilitäts- und wachstumsorientierten Haushaltspolitik.

Völlig zu Recht schreibt der Sachverständigenrat: „Die Finanzpolitik muß erkennen lassen, daß sie tatkräftig daran geht, das hohe Defizit in den öffentlichen Haushalten innerhalb eines überschaubaren Zeitraums abzubauen. Das ist der stabilitätspolitische Aspekt einer verlässlichen Konsolidierungsstrategie.“

Karl Deres:

## Aufgabenerfüllung gewährleistet

**Ich komme zu den wichtigsten Punkten  
des Innenhaushalts 1992:**

Es ist sichergestellt worden, daß die Zielvorstellungen zur Beschleunigung der Asylverfahren aus dem Parteiengespräch beim Bundeskanzler vom 10. Oktober dieses Jahres haushaltsmäßig umgesetzt werden. Das Planstellen- und Stellensoll des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge steigt von 1.176 in diesem Jahr auf 3.599 im Jahre 92.

Es wird also mehr als verdreifacht, bleibt aber auch zuerst einfach gesperrt — und zwar einvernehmlich. Damit soll das Bundesamt in die Lage versetzt werden, ca. 80 Außenstellen bei den von den Ländern geplanten Gemeinschaftsunterkünften einzurichten und die bislang von den Ländern durchgeführte ausländerrechtliche Erfassung der Asylbewerber zu übernehmen.

Die vor einem Jahr geschaffene Behörde des Beauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR erhält insgesamt 3.406 Planstellen und Stellen, damit sie in Berlin und ihren 14 Außenstellen die ihr vom neuen Stasi-Unterlagen-Gesetz künftig gestellten Aufgaben erfüllen kann. Die Hälfte der über 2.400 zusätzlichen Planstellen und Stellen haben wir qualifiziert gesperrt. Wir wollen, daß der Personalaufbau sorgfältig und auch unter Nutzung von anderweitig nicht mehr benötigtem Personal des Bundes erfolgt.

Zur Wiedererrichtung einer deutschen Wolgarepublik werden nach einer über-

planmäßigen Ausgabe von 50 Millionen Mark in diesem Jahr für 1992 100 Millionen Mark bereitgestellt. Für die Folgejahre werden es Verpflichtungsermächtigungen in gleicher Höhe sein. Nach den Umwälzungen in der Sowjetunion besteht die konkrete Aussicht, daß Rußland die Wiederansiedlung von Deutschen in ihren historischen Siedlungsgebieten an der Wolga zuläßt.

Für die kulturelle Substanzerhaltung und Infrastruktur in den neuen Ländern werden nach den 900 Millionen Mark aus diesem Jahr 1992 weitere 600 Millionen Mark bereitgestellt, 100 Millionen Mark mehr als in der Finanzplanung vorgesehen. Hinzu kommen für den Denkmalschutz in den neuen Ländern wiederum 50 Millionen Mark allein aus dem Innenhaushalt. Damit werden die Wünsche aus den neuen Ländern, die auf eine Fortschreibung der 900 Millionen Mark aus diesem Jahr zielten, nicht voll erfüllt.

### Inneres

Bei der Förderung des Spitzensports wird es 1992 inklusive Sportbauten eine Steigerung um fast 20 Millionen Mark auf 279,4 Millionen Mark geben. Nach dem positiven Votum des Sportausschusses, der seine 10%-Sperrempfehlung zurückgezogen hat, bleiben jedoch noch fünf Millionen Mark qualifiziert gesperrt. Diese Sperre soll nur solche Sportverbände treffen, die bei der Doping-Bekämpfung ihre „Schularbeiten“ noch nicht gemacht haben. Der deutsche Spitzensport — und zwar im Westen wie im Osten — muß endlich aus dem Doping-Zwielicht von Beschuldigungen, Dementis, Eingeständnissen und Beteuerungen heraus. Wenn der freie Sport diese Selbstreinigungskraft nicht aufbringt, kann eine Förderung mit Steuergeldern nicht länger verantwortet werden.

Manfred Kolbe:

## Erfreulich hohe Einnahmen

**Der Haushaltsplan des Bundesministers für Post und Telekommunikation ist nach Ausgliederung der drei Postunternehmen durch die Postreform 1989 ein reiner Verwaltungshaushalt.**

Allerdings mit der für den Finanzminister erfreulichen Besonderheit, daß wegen der Ablieferung der Deutschen Bundespost die Einnahmen mit 9,34 Milliarden Mark die Ausgaben von 540 Millionen Mark deutlich übersteigen.

### Post

Bei den Einnahmen erhöhte sich die Ablieferung der drei Unternehmen Telekom, Postdienst und Postbank zunächst aufgrund von Verkehrssteigerungen um 10,5 Prozent oder 923 Millionen Mark auf 9,7 Milliarden Mark. Im Laufe des Haushaltsaufstellungsverfahrens wurde dann § 27 Absatz 4 des Entwurfs des Haushaltsgesetzes eingefügt, aufgrund dessen bei der Berechnung der Ablieferung die Betriebseinnahmen der Deutschen Bundespost aus den östlichen Ländern nicht berücksichtigt werden, um die Eigenkapitalstruktur der Postunternehmen zu verbessern.

Der Wegfall der Ablieferung in den östlichen Ländern beträgt für Telekom 400 Millionen Mark, für Postdienst 200 Millionen Mark und für Postbank 15 Millionen Mark, also insgesamt 615 Millionen Mark, so daß sich die Ablieferung insgesamt auf 9,08 Milliarden Mark ermäßigt. Die Ausgaben im Einzelplan 13 steigen 1992 um 3,7 Prozent auf 541 Millionen Mark, nachdem im Berichterstattever-

fahren Einsparungen von 15 Millionen Mark erzielt werden konnten.

Noch 1990 wurde von der Telekom ein Sofortprogramm eingeleitet und 160 000 Anschlüsse neu geschaltet. Die Zahl der Ost-West-Leitungen wurde von 111 auf 2054 verzwanzigfacht.

Bis zum Jahresende 1991 wird die Telekom rd. eine halbe Million neuer Hauptanschlüsse in den neuen Bundesländern einrichten. Spätestens dann soll die Ost-West-Telekommunikation auf bundesdeutschem Standard stattfinden.

Friedrich Vogel:

## Eintreten für Menschen- und Freiheitsrechte

**Unsere Außenpolitik profitiert davon, daß die überragende Bedeutung der militärischen Friedenssicherung in den Hintergrund getreten ist.**

Deutlicher als bisher ist in den Vordergrund getreten, daß ein untrennbarer Zusammenhang besteht zwischen der sta-

### Auswärtiges

bilien Entwicklung der Staaten und der Staatenbeziehungen einerseits und der Entwicklung demokratischer Strukturen und der Gewährleistung der Menschenrechte andererseits.

Vor allem das Eintreten für die Gewährleistung der grundlegenden Freiheits- und Menschenrechte ist längst zu einem integralen Bestandteil der Außenpolitik geworden. Aufgabe der Außenpolitik ist es nicht zuletzt, diesem universellen Geltungsanspruch überall in der Welt zum

Durchbruch und zum Erfolg zu verhel-  
fen.

Die Maßstäbe, die dabei in den Außenbe-  
ziehungen angelegt werden, dürfen  
wegen dieses universellen Geltungsan-  
spruchs nicht bei dem einen Staat anders  
sein als bei einem anderen. Nicht nur von  
einem Recht zur Einforderung der Beach-  
tung der Menschen- und Freiheitsrechte  
muß ausgegangen werden, sondern  
zunehmend auch von einer Pflicht dazu.

Die Staatengemeinschaft wird diese  
Pflicht um des Friedens und der Men-  
schen willen zur tragenden Grundlage  
der Gestaltung der Staatenbeziehungen  
machen müssen. Es kann und darf bei  
dem Eintreten für die Menschenrechte  
nicht darum gehen, diese zum Schlag-  
stock gegen andere Staaten, aus welchen  
Gründen auch immer, zu verwenden.

Oberstes Ziel muß bleiben, in den Staa-  
ten, in denen diese Rechte massiv und  
systematisch verletzt werden, die Einsicht  
in die Notwendigkeit der Gewährleistung  
der Menschen- und Freiheitsrechte zu  
wecken und die Befolgung dieser Ein-  
sicht zu fördern. Uns ist nirgends, wenn  
es um die Menschen- und Freiheitsrechte  
geht, eine Rolle des Zuschauens gestattet.

Günther Krause:

## Dynamische Verkehrspolitik

**Die Öffnung Osteuropas und die Ein-  
heit Deutschlands sowie die Vollen-  
dung des Europäischen Binnenmarktes  
und die Bildung des Europäischen  
Wirtschaftsraumes 1993 sind Fakten,  
die auch eine dynamische Verkehrspo-  
litik fordern.**

So verzeichnen wir seit der Öffnung Ost-  
europas enorme Wachstumsraten im

West-Ost-Verkehr. Die Prognosen für den  
Zeitraum 1988 bis 2010 zeigen, daß der  
Güterverkehr in dieser Relation allein  
innerhalb Deutschlands um das 7,3fache,  
der Personenverkehr um das 7,8fache  
steigen wird.

Die weitere gesamteuropäische Entwick-  
lung wird aber zu stark wachsenden Ver-  
kehrsströmen in allen maßgeblichen  
Relationen führen. Für die einzelnen Ver-  
kehrsträger bedeutet dies: Der Straßengü-  
terverkehr wird um 95 Prozent wachsen,  
der Güterverkehr auf der Schiene um

### Verkehr

55 Prozent und die Binnenschifffahrt um  
84 Prozent. Im Personenverkehr „überho-  
len“ die Steigerungsraten der Bahn mit  
41 Prozent — im Fernverkehr sogar mit  
58 Prozent — die des Autoverkehrs mit  
einer Wachstumsrate von 30 Prozent.

Ich denke, dieses Szenario zeigt, wie not-  
wendig eine weitere deutliche Steigerung  
des Verkehrsetats ist, nachdem schon der  
Haushaltsplan von 1991 um mehr als 20  
Prozent gegenüber dem Vorjahr aufge-  
stockt wurde.

Der Schwerpunkt des Haushaltsplanes  
1992 und der Finanzplanung bis 1995  
liegt eindeutig bei der Schiene. Der Haus-  
haltsanteil der Bahnen liegt bei über 50  
Prozent. Ziel des ersten gesamtdeutschen  
Verkehrswegeplans, den ich Anfang 1992  
vorlegen werde, ist, sowohl den Güter-  
als auch den Personenverkehr von der  
Straße auf die umweltfreundliche Bahn  
zu verlagern.

Damit die Schiene den künftigen Anfor-  
derungen gerecht werden kann, werden  
wir schnellstmöglich die Strukturreform  
der Bahnen in Angriff nehmen. Nur ein  
Unternehmen Bahn kann Marktanteile  
gewinnen und die Straße wirksam entla-  
sten.

Hans-Wilhelm Pesch:

## Realistische Finanzierungsmöglichkeiten

**Die Probleme im Wohnungsbau sind nach wie vor gewaltig. Die Anforderungen der neuen Bundesländer zur möglichst schnellen Angleichung der Lebensverhältnisse zu den alten Ländern stellen haushaltspolitisch eine große Herausforderung dar.**

Daß wir uns verstärkt den Sorgen und Nöten in den neuen Bundesländern zuwenden, muß eine Selbstverständlichkeit sein. Solidarisches Verhalten darf sich eben nicht nur in Worten ausdrücken, sondern muß, wie im vorliegenden Haushalt 1992, auch materiell Niederschlag finden.

Das erfordert von allen Beteiligten besondere Anstrengungen — eben von Bund, Ländern und Gemeinden zusammen.

Ich kann nun hier und heute mit großer Genugtuung feststellen, daß sich der Finanzminister einen gewaltigen Schritt

### Wohnungsbau

nach vorne bewegt und realistische Finanzierungsmöglichkeiten im Wohnungsbau eröffnet hat, die sich wohlthuend, weil auch umsetzbar, von den oft utopischen Forderungen der SPD abheben.

Nach wie vor wird von der SPD die unrealistische und deshalb nicht durchführbare Methode zum Dogma erhoben, einerseits zu hohe Staatsverschuldung anzuprangern und andererseits sich den betroffenen Wohnungsuchenden und der Wohnungswirtschaft als dem großen Mil-

liarden spendenden Problemlöser anzubiedern.

Die finanziellen Grundvoraussetzungen sind vom Bund geschaffen. Im Eigenheimbau und bei der Errichtung von Eigentumswohnungen sind entscheidende Grundlagen zur Ankurbelung gelegt worden.

Der nun vorliegende geänderte EP 25 entspricht den Zielvorstellungen der CDU/CSU-Fraktion, was die Bewältigung der wohnungspolitischen Probleme angeht. Er ist ein Etat, der unsere soliden Forderungen berücksichtigt und in keiner Weise die Stabilität künftiger Haushalte belastet.

Michael von Schmude:

## Große Bedeutung der Umweltpolitik

**Der 2. gesamtdeutsche Haushalt des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit weist erneut eine überaus erfreuliche Entwicklung auf.**

Das Etatvolumen steigt 1992 um 11,9 Prozent = 143 Millionen auf nunmehr 1,422 Milliarden Mark. Diese Steigerungsrate liegt deutlich über der des gesamten Bundeshaushalts von durchschnittlich 2,9 Prozent.

Hinzu kommen weitere 400 Millionen DM für Umweltschutzmaßnahmen in den neuen Bundesländern aus dem Gemeinschaftswerk Ost. Außerordentlich zu begrüßen ist aber die Tatsache, daß die Ausgaben für Investitionen im Rahmen des Einzelplanes 16 um 123 Millionen = 17 Prozent ansteigen.

Diese Zukunftsinvestitionen schaffen vor allem auch in den neuen Bundesländern



schon heute Arbeitsplätze. Einschließlich der 400 Millionen aus dem Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost entfallen aus dem gesamten Etat des Bundesumweltministers 785 Millionen DM, d. h. rund 43 Prozent, auf die neuen Bundesländer.

Diese eindrucksvollen Zahlen des neuen Haushaltsplanes unterstreichen erneut die große Bedeutung, die wir der Umweltpolitik beimessen.

Alles in allem hat der Bund bereits ganz erhebliche Mittel für Umweltschutzmaßnahmen in den neuen Ländern bereitgestellt. Allein im 2. Halbjahr 1990 wurden 500 Millionen DM für mehr als 600 Umweltschutzprojekte zur Gefahrenab-

## Umwelt

wehr ausgegeben. Aus dem Programm Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost können in den Haushaltsjahren 1991/92 1.120 Projekte gefördert werden. Auch aus dem Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit werden Umweltschutzprojekte über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gefördert.

Ignaz Kiechle:

## Solidarität mit der Landwirtschaft

Seit ihrem Amtsantritt hat diese Regierung ihre Solidarität mit der Landwirtschaft immer wieder unter Beweis gestellt.

Dies wird vor allem auch durch die Entwicklung des Agraretats deutlich. Zwischen 1983 und 1990 — also bis zur Verwirklichung der deutschen Einheit — erhöhte die Bundesregierung den Etat für

die deutsche Landwirtschaft von 5,9 Milliarden Mark auf rd. 10 Milliarden Mark; das ist eine Steigerung um 68 Prozent.

Der Bundeshaushalt wuchs im gleichen Zeitraum nur um 24 Prozent. Der Agrar-etat 1992 beträgt einschließlich unserer neuen Bundesländer rd. 14 Milliarden Mark.

Mit rd. 2,6 Milliarden Mark stellt die Bundesregierung auch 1992 einen groß-

## Landwirtschaft

zügigen Finanzrahmen zum Neuanfang in der Landwirtschaft der neuen Bundesländer zur Verfügung, und zwar insbesondere für Anpassungs- und Überbrückungshilfen sowie agrarstrukturelle Förderungsmaßnahmen.

Schwerpunkte des Haushalts 1992 sind neben der Gemeinschaftsaufgabe die landwirtschaftliche Sozialpolitik, der soziostrukturelle Einkommensausgleich, die Nachfolgeregelung für den dreiprozentigen Mehrwertsteuerausgleich für die alten Bundesländer sowie die Anpassungshilfe in den neuen Bundesländern.

Michael Luther:

## BGH muß nach Leipzig umziehen

Demokratie ist ein kompliziertes Ding. Es erfordert ein tägliches Ringen, man muß sich bemühen, es ist anstrengend. Die Demokratie zu erhalten ist eine tägliche Gratwanderung.

Ein wichtiger Baustein, ein Stück des Fundaments der Demokratie ist das Rechtssystem, ist das Grundgesetz, ist das

Bürgerliche Gesetzbuch der Bundesrepublik Deutschland. Dieses Rechtssystem ist unendlich wertvoll, aber von vielen Bürgern in Westdeutschland wird das nicht mehr bewußt wahrgenommen, und von vielen Bürgern Ostdeutschlands wird es noch nicht bewußt wahrgenommen. Rechtsstaat muß gelernt werden.

Recht muß auch vereinfacht werden, durchschaubar gestaltet werden. Es muß die Leistungsfähigkeit der Justiz gefördert werden, die insbesondere für die Aufbauarbeit in den neuen Bundesländern notwendig ist.

In der näheren Zukunft werden wir hier und im Rechtsausschuß eine ganze Reihe von Vorhaben zu beraten haben, die die Rechtseinheit in ganz Deutschland herstellen.

## Justiz

Die neue deutsche Situation ermöglicht und erfordert, an Traditionen anknüpfend, bestimmte Verlagerungen von Gerichten vorzusehen. Der Nachfolger des Reichsgerichtshofes in Leipzig ist der Bundesgerichtshof, der heute in Karlsruhe neben dem Bundesverfassungsgericht sein Domizil hat.

Der Bundesgerichtshof gehört nach Leipzig, genauso wie das deutsche Parlament im Reichstag seine Tradition fortsetzen will. Karlsruhe wird nicht verarmen und nicht an Bedeutung verlieren. Im Sinne der von mir eingangs beschriebenen Situation der Akzeptanz des Rechtsstaates ist eine solche Verlagerung ein Zeichen par excellence für die Menschen in den neuen Bundesländern.

Lassen Sie mich am Schluß für die großartigen Leistungen der Bundesregierung in diesem Jahr beim materiellen und personellen Aufbau der Justiz in den neuen Ländern danken.

Hans-Werner Müller:

## Größte Herausforderung seit Bestehen der Bundeswehr

**Seit einhalb Jahren wird das Ergebnis der Kaukasusvereinbarung zwischen dem Bundeskanzler und Präsident Gorbatschow hinsichtlich der neuen Zielgröße 370.000 unserer Armee verfolgt.**

Ich glaube, es ist kein falsches Pathos, wenn dies als die größte Herausforderung der Bundeswehr dargestellt wird seit ihrem Aufbau vor mehr als drei Jahrzehnten. Aus meiner Sicht stellen sich hier vier Aufgaben: zum einen die Umgliederung auf neue Strukturen, die einhergehen mit einem erheblichen Abbau in den alten Bundesländern.

Zum zweiten ist der Abbau der Nationalen Volksarmee zu betreiben. Die Bun-

## Verteidigung

deswehr Ost wird 50.000 Soldaten umfassen. Die Standorte sind dabei, jetzt eingerichtet zu werden.

Zum dritten ist das Zivilpersonal unserer Bundeswehr, über dessen Altersstruktur wir uns ja seit langem im klaren sind, in seiner Größenordnung entsprechend anzupassen.

Und zum vierten bringt es die gewachsene politische Bedeutung der Bundesrepublik mit sich, daß wir Überlegungen anzustellen haben, unter welchen Bedingungen deutsche Soldaten evtl. auch außerhalb unseres Territoriums einzusetzen sind.

Der so skizzierte Aufgabenkatalog, der keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, ist zu schaffen, wenn die Truppe die Politiker in ihrer Gesamtheit an ihrer Seite weiß. Dies sind die Parameter, unter denen der Haushalt des Verteidigungsministers für das Jahr 1992 steht. Einen Blick auf die Zahlen: Für die Bundeswehr West allein war in den Plänen von 1992 eine Summe von 52,6 Milliarden Mark vorgesehen.

Die Eingliederung der NVA wird dann abgerechnet 1991 rd. 4,3 Milliarden Mark kosten. Wenn wir die Ist-Ausgaben für die Verteidigung in Gesamtdeutschland Ost und West zusammenaddieren, kommen wir auf 62,3 Milliarden Mark.

Gemessen an dieser Zahl ist der Haushalt 1992 für die Verteidigung um mehr als zehn Milliarden Mark heruntergegangen.

**Klaus-Dieter Uelhoff:**

## **Abbau struktureller Defizite ist notwendig**

**Der Etat des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft beläuft sich im Haushaltsjahr 1992 auf fast 6,5 Milliarden Mark. Das entspricht im Vergleich zum Vorjahr einer Steigerung von 4,5 Prozent.**

Eine wesentliche Ursache für diese Steigerung ist die Aufstockung der Mittel für die berufliche Bildung und Berufsbildungsförderung. Hier wurde der Ansatz um 43 Prozent erhöht.

Der Bereich Hochschule und Wissenschaft weist zwar einen wesentlich geringeren Anstieg auf, aber der Vergleich der absoluten Zahlen der beiden genannten Kapitel, berufliche Bildung ca. 455 Millionen Mark, Hochschule und Wissen-

schaft fast drei Milliarden Mark, zeigt die Dominanz dieses Sektors.

In beiden Bereichen sind große Herausforderungen zu bewältigen. Im Bereich der beruflichen Bildung ist die Lage zur Zeit gespalten: Im westlichen Teil Deutschlands bleiben im laufenden Ausbildungsjahr 130.000 Ausbildungsplätze unbesetzt.

Ein gefährliches Signal für das breite und sichere Fundament unserer Wirtschaft:

### **Bildung und Wissenschaft**

Hier wird der praktisch und technisch qualifizierte Facharbeiter, der gut ausgebildete und selbständig zupackende Handwerker gebraucht. Im Osten herrscht allen Unkenrufen zum Trotz keine dramatische Lehrstellensituation.

Dennoch gibt es hier strukturelle Defizite. So sind die überbetrieblichen Ausbildungsstätten ausgelastet, während in den Betrieben zu wenig junge Menschen eine Möglichkeit finden, das Gelernte hinterher auch in anderen Unternehmen anzuwenden.

Zur Förderung der betrieblichen Ausbildung in den fünf neuen Bundesländern sind 1992 175 Millionen Mark vorgesehen, das entspricht einer Steigerung von 133 Prozent. Die Ankündigung dieses 5000-Mark-Programms der Bundesregierung in diesem Jahr hatte Signalwirkung für den Lehrstellenmarkt Ost.

Mit der Aufstockung verstärken wir dieses Signal und bieten zugleich mehr kleinen und mittelständischen Unternehmen die Möglichkeit, Ausbildungsplätze zu schaffen.

Zu begrüßen ist aber auch die gestiegene Verantwortung vor allem im Handwerk für den eigenen Berufsnachwuchs, denn wer zu spät ausbildet, den bestraft der Markt!

Norbert Blüm:

## Solidität und Solidarität

**Wirtschaft und Gesellschaft befinden sich in einem gigantischen Wandel. Aus einer sozialistischen Funktionärgesellschaft entsteht die Gesellschaft freier Bürgerinnen und Bürger, aus einer staatlich verwalteten Planwirtschaft eine soziale Marktwirtschaft.**

Ich will das Ausmaß der Veränderung an einigen Zahlen deutlich machen: Von Anfang 1990 bis 1992 werden drei Millionen Arbeitsplätze in der ehemaligen DDR abgebaut. Das ist rund ein Drittel der dortigen Beschäftigung. Was wäre in

### Arbeit und Sozialordnung

Westdeutschland los, wenn in einem Zeitraum von zwei bis drei Jahren die heutige Beschäftigtenzahl um ein Drittel reduziert würde. Das wären 10 Mio. Beschäftigungen weniger. Das ist der Vergleich.

Und wir helfen mit einem großen Programm arbeitsmarktpolitischer Instrumente: Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Fortbildung und Umschulung, Altersübergangsgeld, Vorruhestand, Kurzarbeit sind ein Auffangnetz, um den beschäftigungspolitischen Dammbbruch zu verhindern. Ohne diese Hilfen hätten wir zwei Millionen Arbeitslose mehr.

Unsere Landsleute in den neuen Bundesländern sind nicht in Lethargie verfallen. Energisch haben sie sich der Passivität widersetzt und die Hilfe als Möglichkeit der Selbsthilfe angenommen.

348.000 befanden sich im Oktober in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Rund 400.000 werden es Ende des Jahres sein.

900.000 Arbeitnehmer werden innerhalb dieses Jahres in Maßnahmen der Fortbildung und Umschulung eingetreten sein. Das heißt, auf den Weg der Qualifizierung begibt sich fast jeder zehnte Arbeitnehmer aus der ehemaligen DDR.

Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen dürfen nicht in Konkurrenz zum Arbeitsmarkt treten. Die gute Absicht darf sich nicht in ihr Gegenteil verkehren. Deshalb fordern wir Unbedenklichkeitsbescheinigungen der Handwerkskammern vor der Vergabe von ABM-Aufträgen. Freilich, von diesem Instrument muß auch Gebrauch gemacht werden.

Man kann sich nicht in Bonn beschweren und dann zu Hause alles genehmigen. Der Bonner Buckel ist kein Parkplatz für mangelnden Mut zum Einspruch vor Ort.

Neue Arbeitsplätze durch Investitionen sind das wichtigste Gebot. Und die Investitionen werden weniger durch Geldmangel behindert und mehr durch Verwaltungsdefizite. 500.000 unerledigte Anträge liegen bei den Grundbuchämtern. 1,2 Millionen unerledigte Restitutionsanträge bei der Treuhand.

Kritisch muß man auch fragen, ob die Vielzahl von Wirtschaftsförderungsmaßnahmen nicht des Guten zuviel ist und der Übersichtlichkeit zu wenig geholfen hat. 200 Wirtschaftsförderungsmaßnahmen werden angeboten. Ein kleiner Handwerksmeister wird sie nur schwer alle durchschauen. Es sei denn, er habe vorher Subventiologie studiert.

Am schnellsten haben die Rentner von der deutschen Einheit profitiert. Sie haben aber auch am längsten gelitten. Weltkrieg und Nachkriegszeit, Nazi-Regime und SED-Herrschaft haben ihr Leben belastet.

Um rund 90 Prozent werden die Renten in den neuen Bundesländern am 1. Januar 1992 gestiegen sein. Und die

Aufholjagd wird fortgesetzt. Nur rund 35 Prozent der westlichen Renten betrug die Rente Ost beim Start in die Sozialunion. Bald sind wir bei fast 60 Prozent angekommen.

## Sozialversicherung leistet West-Ost-Solidarität

Es findet unter dem Dach der Sozialversicherung ein großer Solidaritätstransfer von West nach Ost statt. 1992 gehen allein 30 Milliarden durch die Arbeitslosenversicherung und 19 Milliarden aus der Rentenversicherung von West nach Ost.

Diese Solidaritätsleistungen wären unschwer gefallen, wenn der Sozialstaat noch in dem Zustand wäre, in dem er 1982 war. Wir haben das Fundament gesichert und die Sozialkassen konsolidiert. Und auf diesem sicheren Fundament bauen wir Brücken der Solidarität.

Hannelore Rönsch:

## Jahr der Familien und älteren Menschen

Das Haushaltsjahr 1992 wird das Jahr der Familien und der älteren Menschen in Deutschland. Mit einer Steigerungsrate von 12,9 Prozent läßt die Bundesregierung trotz höchster haushaltspolitischer Enge diesen beiden Gruppen im nächsten Jahr wie nie zuvor Förderung und solidarische Zuwendung zuteil werden.

Einen Gesamtetat von knapp 32 Milliarden Mark nenne ich eine ausgezeichnete Ausgangssituation, um weitere entscheidende Schritte zugunsten der Familien mit Kindern und zugunsten der Senioren tun zu können.

Ich verweise an dieser Stelle auf

- den Schutz des ungeborenen Lebens und die erheblich verbesserte Lebensperspektive für Eltern mit Kindern auf der einen Seite und
- die noch stärkere Angleichung der Lebensverhältnisse der Familien wie der Älteren im Osten und im Westen unseres Landes.

## Familie und Senioren

Als Familienministerin kommt es mir darauf an, den Müttern und Vätern mit Kindern materiell wie ideell den Rücken zu stärken.

Ab 1992 werden die Familien daher ein deutlich erhöhtes Erstkindergeld und einen wesentlich höheren Kinderfreibetrag erhalten. Der duale Familienlastenausgleich füllt die Taschen der Familien im kommenden Jahr nach unserem Willen mit einem Nettoplus von sieben Milliarden Mark. Unser Klassenziel haben wir auch beim Erziehungsurlaub und beim Erziehungsgeld erreicht.

Irmgard Karwatzki:

## Schutz des ungeborenen Lebens

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Diskussion um die Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs möchte ich die Aufmerksamkeit auf solche Maßnahmen im Haushalt des Bundesministers für Familien und Senioren lenken, die gerade auch für den Schutz des ungeborenen Lebens von Bedeutung sind.

Als zentrale Verbesserungen der Entscheidungssituation von Frauen haben

sich Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub sowie die Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht erwiesen.

Im Haushalt 1992 kommt auch die erstmalig voll wirksam werdende Verlängerung des Bezugszeitraumes von 18 Monaten zum Tragen. Ein weiterer großer familienpolitischer Fortschritt zeichnet sich ab, wenn ab 1993 das Erziehungsgeld erneut um 6 Monate und darüber hinaus schon ab 1992 der Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie um einhalb auf insgesamt drei Jahre verlängert werden.

Ein großer Fortschritt zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation Schwangerer ist schließlich das von der CDU/CSU vorgeschlagene Familiengeld in Höhe von 1.000 Mark.

Unmittelbar lebensschützende Bedeutung kommt dem staatlichen Unterhaltsschutz zu, der noch weiter verbessert werden soll.

Beispielhaft für die dem Schutz des ungeborenen Lebens dienende Politik der Bundesregierung ist die 1984 errichtete Bundesstiftung „Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens“. Für die Stiftung stehen auch 1992 wieder 140 Millionen Mark zur Verfügung.

Für die neuen Bundesländer hat die Bundesregierung einen speziellen Hilfsfonds über 40 Millionen Mark für schwangere Frauen in Not eingerichtet.

Ich begrüße es, daß aus diesem Fonds auch Maßnahmen zum Erwerb kindgerechten Wohneigentums gefördert werden.

Adolf Roth:

## Rückgang der Nettoneuverschuldung

**Mit dem Nachtragsetat 1991, den wir heute ebenfalls abschließend beraten, werden zum Jahresende die Finanzrücklagen der Bundesanstalt für Arbeit um bis zu 4,9 Milliarden Mark aufgestockt.**

Die Bundesanstalt kann, gestützt auf diese Sonderzahlung, ihre Haushaltsverpflichtungen 1992 aus eigenen Mitteln erfüllen und somit der außergewöhnlichen Beanspruchung durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den neuen Bundesländern gerecht werden. Die vorübergehende Ausweitung des ABM-Instrumentariums in den jungen Bundesländern ist politisch gerechtfertigt.

### Nachtragshaushalt '91

Die diesjährige Zielgröße von 280.000 Teilnehmern war bereits im August überschritten. Es war sachlich geboten, den Rahmen auf 400.000 ABM-Plätze zu vergrößern, freilich nur in dieser Ausnahmesituation. Die Finanzierung dieser Sonderzuweisung ist kapitalmarktunschädlich, da der gesamte Nachtragshaushalt aus eingesparten Minderausgaben bedient wird. Sichergestellt ist auch, daß die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung ab 1992 wie vorgesehen von 6,8 auf 6,3 Prozent abgesenkt werden.

## Erste Sozialversicherungswahlen im geeinten Deutschland

Der Bundesrat hat am 29. November der von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm erlassenen 8. Verordnung zur Änderung der Wahlordnung für die Sozialversicherung zugestimmt. Danach werden die ersten Sozialversicherungswahlen im wiedervereinten Deutschland 1992/93 stattfinden.

# Mini-Anstalt mit großem Finanzbedarf

Zur Gründung des „Ostdeutschen Rundfunks“ in Brandenburg erklärte der medienpolitische Sprecher der CDU und Parlamentarische Staatssekretär Bernd Neumann:

Es erstaunt schon sehr, wenn der Ministerpräsident von Brandenburg am 31. August dieses Jahres die Erklärung aller Ministerpräsidenten unterschreibt, in den neuen Ländern Rundfunkanstalten einzurichten, „die wirtschaftlich tragfähig sind und nicht auf den Finanzausgleich“ der ARD angewiesen sein sollen, auf der anderen Seite der gleiche Ministerpräsident aber forsch und ungeniert die Gründung einer eigenen Mini-Anstalt betreibt. Völlig unverständlich wird das Vorgehen Brandenburgs, wenn man weiß, daß der neue „Ostdeutsche Rundfunk“ für 1992 —

ohne die Vereinbarung der Ministerpräsidenten mit einem einzigen Wort zu erwähnen — bereits 70 Millionen DM aus dem ARD-Finanzausgleich in seinen Haushalt einstellt, um überhaupt auf Sendung gehen zu können.

Ohne jeden Zweifel mißachtet in dieser Angelegenheit Brandenburg bewußt sowohl die Beschlüsse der Ministerpräsidenten als auch die berechtigten Anliegen der Gebührenzahler, nur um dem Ziel zu dienen, mit unzweideutiger Hilfe aus Nordrhein-Westfalen eine sozialdemokratisch ausgerichtete Anstalt zu installieren.

Die ARD bleibt deshalb von der CDU in Übereinstimmung mit der Vorgabe der Ministerpräsidenten aufgefordert, dieses taktische Parteispiel der Brandenburger SPD nicht mitzumachen und die neue Rundfunkanstalt in Brandenburg nicht in den Finanzausgleich einzubeziehen.

**L**ieben Sie Rätsel? Also dann: Ein Autor (umstritten, unbekannt oder frisch geschieden) oder eine Autorin (umstritten, unbekannt etc.), ein Psychologe (Psychiater, Therapeut), eine Adlige (Wahrsagerin, Hexe, Ex-Gattin eines Politikers), ein emeritierter Kritiker (aus Frankfurt, Frankfurt oder Frankfurt), noch ein Autor (provokanterweise aus dem Ausland), ein Jesuit (oder Buddhist, Monsignore, Druide), eine Moderatorin und sechs Wassergläser — was ist das? Richtig: Das ist entweder eine Selbsthilfegruppe oder eine Talkshow. Da wir in Deutsch-

land leben, ist die Wahrscheinlichkeit für beides nahezu gleich groß. Aber ein bißchen öfter ist es eine Talkshow. Und wie

## Kleiner Leitfaden für TV-Zuschauer

erkennt man den Unterschied, wo doch beide Runden in ihrer personellen Besetzung stabil sind? Am Termin. Talkrunden tagen meist am Wochenende, Selbsthilfegruppen eher in der Woche. Wer sein Fernsehprogramm verlegt hat, weiß überdies, daß er eine Talkshow

sieht, wenn mindestens eine der folgenden Personen beteiligt ist: Alice Schwarzer, Alfred Biolek, Jutta Ditfurth, Daniel Cohn-Bendit, Gisela Uhlen, Beate Wedekind, Ingrid von Bergen, Joachim Bürger, Oswald Kolle. Erkennt man niemanden, sieht man entweder eine Talkshow für Kids zwischen 12 und 17 oder eine Kultursendung über südsomalische Lyrik des 17. Jahrhunderts. Oder man hat sich im Kanal geirrt, und die Selbsthilfegruppe für Talkshow-Geschädigte trifft sich neuerdings in einem anderen Café.

aus: Kölner Stadt-Anzeiger, 2. 12. 1991

# Am Vorabend von Maastricht

**Die EG steht in Maastricht auf dem Prüfstand. Gelingt es mit den Beschlüssen von Maastricht, den Weg zur politischen Union Europas unumkehrbar zu machen, dann ist der historische Durchbruch gelungen. Dies wäre dann unbestreitbar das Verdienst von Bundeskanzler Helmut Kohl.**

Nach der deutschen Präsidentschaft im EG-Ministerrat hat 1988 der Präsident der Europäischen Kommission, Jacques Delors, Helmut Kohl mit den Worten gewürdigt: „Dieser Bundeskanzler hat als Präsident der Europäischen Gemeinschaft in einem halben Jahr mehr geleistet als andere in zehn Jahren.“

Jacques Delors sollte recht bekommen. Was wurde bisher in den beiden Regierungskonferenzen zur Wirtschafts- und Währungsunion und zur politischen Union erreicht?

- Es wird ab 1997 eine einheitliche europäische Währung geben, die genauso stabil sein wird wie die DM.

Das garantiert die politisch völlig unabhängige Europäische Zentralbank, die gesetzlich nur der Geldwertstabilität verpflichtet ist. Wenn nicht alle 12 Partnerländer mitmachen wollen oder können, dann wird diese europäische Währung dennoch entstehen. Wer nicht mitmacht, schadet seinen Bürgern.

- Eine „hinkende“ Union, die zwar in der Wirtschafts- und Währungspolitik ihre Ziele erreicht, aber in wichtigen Fragen der Politischen Union alles unverbindlich offen läßt, wird es nicht geben. Der Bundeskanzler hat diese Forderung frühzeitig und unzweideutig formuliert.

- Das Europäische Parlament wird mehr

Recht erhalten. Helmut Kohl hat uner müdlich unterstrichen, er halte es für absurd, die Bürger 1994 zur Wahl eines Parlamentes aufzurufen, das nichts zu sagen hat. Seine konsequente Beharrlichkeit hat überzeugt. Wenn das Parlament die notwendigen Rechte nicht sofort und in vollem Umfang erhält, so werden sie doch schrittweise Wirklichkeit.

- Neue Politikbereiche, strikt nach dem Subsidiaritätsprinzip werden für die EG-Ebene vorgesehen. Auch hier kann nicht

**Von Bernhard Sälzer,  
Mitglied der EVP-Fraktion  
im Europäischen Parlament  
und Vorsitzender des  
Bundesfachausschusses  
Europa-Politik**

alles auf einmal gemacht werden. Entwicklungs- und Anpassungsphasen sind notwendig.

- Die Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips ist ein besonderer Erfolg der Bundesregierung, da andere Länder kaum oder keine Erfahrungen mit einem föderalen Staatsaufbau haben.

- Nach Maastricht wird die EG in den Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik entscheidungs- und handlungsfähiger sein als heute.

Die europäische Einigung ist ein historischer Prozeß. Er muß sich kontinuierlich vollziehen, in von den Bürgerinnen und Bürgern der Mitgliedstaaten vollziehbaren Schritten.



## Kein Kurswechsel in der Asyldiskussion

### Zur Haltung der CDU in der Diskussion um das Asylrecht erklärte Generalsekretär Volker Rühle:

Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands hat ihre Auffassung zur Lösung der drängenden Fragen zum Asylrecht nicht geändert. Wir halten weiterhin daran fest, daß dem massenhaften Mißbrauch des Grundrechts

auf Asyl nur mit einer Ergänzung des Artikel 16 Grundgesetz wirkungsvoll begegnet werden kann.

Auch eine gemeinsame europäische Lösung der Asylproblematik ist nur zu erreichen, wenn wir unser Grundgesetz insoweit europatauglich machen. Von einem Kurswechsel der CDU in der Asyldebatte kann keine Rede sein.

In Maastricht haben sich die Beteiligten einen besonders großen Schritt vorgenommen. Ungeduld ist völlig unangebracht, wenn wir bedenken, was in den letzten zehn Jahren alles erreicht wurde.

Die Regierung Schmidt hatte 1981 den Stillstand in der europäischen Einigung eingeläutet. Das Wort von der „Europasklerose“ ging im wahrsten Wortsinn um die Welt. 1981 hat Helmut Kohl auf historischen Boden in Griechenland seine Vision von den Vereinigten Staaten von Europa im Falle einer Regierungsübernahme skizziert. Schon zehn Jahre später wird er in Maastricht den Beginn des entscheidenden Bauabschnittes durchsetzen können.

Die beiden Regierungskonferenzen, die am 9. und 10. Dezember zum Abschluß gebracht werden sollen, unterscheiden sich jedoch von bilateralen Konferenzen und Staatsbesuchen in einem wesentlichen Punkt. Während bei letzteren Begegnungen in der Regel alle Protokolle und Vereinbarungen im Vorfeld sehr genau ausgehandelt werden, bleibt für das Treffen in Maastricht noch ein großer, erst während der Beratungen auszufüllender Entscheidungsraum offen. In dieser Situation kann derjenige etwas bewirken, der als Staatsmann über internationales Gewicht und Ansehen verfügt.

### Alfred Dregger übernimmt Arbeitskreis im Aktionskomitee für Europa

Auf Vorschlag des Präsidenten des Aktionskomitees für Europa (Monnet-Komitee), des früheren französischen Premierministers und langjährigen Präsidenten der Nationalversammlung, Jacques Chaban-Delmas, wurde der Ehrenvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, zum Vorsitzenden des Außen- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreises des Komitees gewählt.

In der gleichen Sitzung hat das Komitee im Hinblick auf die EG-Gipfelkonferenz in Maastricht beschlossen: „Die Solidarität der Europäischen Gemeinschaft im Schlüsselbereich der Währung hat nur Sinn in einer umfassenden Perspektive: der einer Schicksalsgemeinschaft. Im Vertrag über die Politische Union muß daher die Berufung der Gemeinschaft festgelegt werden, sich mit Verteidigungsproblemen zu befassen unter Beachtung der bestehenden Allianzen.“

# Sachverständigengutachten bestätigt Regierungspolitik

**Die Sachverständigen zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sehen die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland weiter auf Wachstumskurs. Das Zusammenwachsen der leistungsstarken Wirtschaft in den westlichen Bundesländern mit einer von Grund auf erneuerten Wirtschaft in den neuen Bundesländern bildet die Grundlage für eine leistungsfähige, moderne Volkswirtschaft. Das sind die Aussagen der Sachverständigen:**

Die Wende in den neuen Bundesländern sollte nun geschafft sein. Die Wirtschaft in den neuen Bundesländern befindet sich mitten im Neuaufbau. Der Erneuerungsprozeß kommt voran. Den Weg zu neuen wettbewerbsfähigen Strukturen in den neuen Bundesländern bereiten die Investitionen. Die Talsohle in der Produktion ist durchschritten. In der Bauwirtschaft geht es bergauf. Im Dienstleistungssektor hat sich im beträchtlichen

Umfang privatwirtschaftliche Aktivität entwickelt. Die Realeinkommen nahmen im Jahresverlauf kräftig zu.

Die Privatisierung, der Aufbau einer funktionsfähigen Verwaltung und die Sanierung der Infrastruktur ist ein gutes Stück vorangekommen. Das hat die Investitionsbereitschaft weiter gestärkt. Für die Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage in den neuen Bundesländern war dies von entscheidender Bedeutung. Diese wirtschaftliche Entwicklung läßt erwarten, daß fortan die Produktion kräftig ausgeweitet wird und sich die großen Unterschiede in der Leistungskraft zwischen den westlichen und den neuen Bundesländern erstmals verringern werden.

Durch den massiven Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente werden knapp 1,6 Millionen Arbeitsplätze gefördert, darunter 360.000 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Der Anstieg der

## Wirtschaftliche Eckdaten für Westdeutschland

	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991 <sup>1)</sup>	1982 bis 1991 <sup>2)</sup>
<b>Wachstumsrate des Bruttosozialprodukt (in Prozent)</b>	-1,1	1,9	3,1	1,8	2,2	1,5	3,7	3,8	4,5	3,5	2,9
<b>Erwerbstätige (Inland) (Veränderung in 1000)</b>	-321	-379	+42	+196	+367	+194	+211	+370	+802	+870	+2354
<b>Arbeitslosenquote (in Prozent)</b>	7,2	8,8	8,8	8,9	8,5	8,5	8,4	7,6	6,9	6	8,0
<b>Veränderung der Verbraucherpreise (in Prozent)</b>	5,2	3,3	2,4	2,0	-0,1	0,2	1,3	2,8	2,7	3,5	2,0

<sup>1)</sup> Schätzung des Sachverständigenrates

<sup>2)</sup> Durchschnittlich jährliche Entwicklung

Arbeitslosigkeit wurde dadurch gebremst. Die Arbeitslosigkeit stieg lediglich um 500.000 auf 1,1 Millionen Personen. Diese Zahl ist weitaus geringer, als noch vor einem Jahr prognostiziert wurde.

Der wirtschaftliche Aufschwung der westdeutschen Wirtschaft, die in den vergangenen Jahren im internationalen Vergleich ein weit überdurchschnittliches Expansionstempo vorlegte, wird sich auch künftig mit einer deutlich positiven Wachstumsrate fortsetzen. Die Investitionstätigkeit bleibt nach Einschätzung der Sachverständigen beachtlich hoch.

### Hoher Beschäftigtenstand

Der Beschäftigtenstand, der mit über 29 Millionen Beschäftigten 1991 ein vorher ungeahntes Rekordniveau erreicht hat, wird auch 1992 weiter ansteigen. Die Wirtschaft bleibt auf Wachstumskurs.

Auch die Sachverständigen erteilen dem Pessimismus eine Absage. Der Erfolg im Aufbau der neuen Bundesländer bestätigt die Richtigkeit der wachstums- und beschäftigungsorientierten Politik der Bundesregierung.

## Mehrheit für ein neues Asylrecht

**Eine wachsende Mehrheit der Bundesbürger ist nach Angaben des Institutes für Demoskopie Allensbach für eine Änderung des Asylrechtes.**

In einer jetzt veröffentlichten Umfrage, bei der im September 2119 Bundesbürger befragt wurden, sprachen sich 69 Prozent der Westdeutschen und 64 Prozent der Ostdeutschen für eine Änderung des Grundgesetzes aus. Vor einem Jahr waren es erst 60 und 52 Prozent.

Vor allem die Anhänger der Bonner Regierungskoalition sind mit 81 Prozent bei der Union und 68 Prozent bei der FDP für die Änderung. Mit 64 Prozent spricht sich aber auch die Mehrheit der SPD-Anhänger für ein neues Asylrecht aus. Lediglich bei den Grünen/Bündnis 90 überwiegt mit 46 zu 35 Prozent die Zahl derer, die gegen eine Grundgesetzänderung ist.

## Gute Noten für das Pflegepersonal

**Die überwiegende Mehrheit der Bundesbürger (65 Prozent) beurteilt die Pflegequalität in den Krankenhäusern positiv, knapp 20 Prozent halten sie für ausreichend und nur rund zehn Prozent beklagen ernsthafte Mängel.**

Die guten Noten für die Krankenschwestern und Pfleger wiegen doppelt schwer, weil gleichzeitig rund 75 Prozent der Bürger auch der Meinung sind, daß es zu wenig Pflegepersonal

gibt. Diesem Bewußtsein entspricht eine relativ hohe Bereitschaft zur persönlichen Konsequenz.

Immerhin hält rund ein Drittel aller Bundesbürger höhere Krankenkassenbeiträge im Interesse einer besseren Krankenpflege für gerechtfertigt. Von denjenigen, die das letzte Jahr selber Patienten waren, sind dazu sogar rund 40 Prozent bereit.

Das sind die Ergebnisse einer von Bundesministerin Hasselfeldt in Auftrag gegebenen infas-Umfrage.

# Neue Zuständigkeit für Renten- anträge in den neuen Ländern

**Für Rentenanträge, die ab dem 15. Oktober 1991 mit einem Rentenbeginn im Jahre 1992 gestellt werden, ändert sich die Zuständigkeit für die Entgegennahme der Anträge.**

Bisher wurden Rentenanträge in den neuen Bundesländern grundsätzlich bei den Geschäftsstellen der neuen Landesversicherungsanstalten, das sind in der Regel die Abteilungen Rentenversorgung der früheren Sozialversicherung der DDR, gestellt. Dabei kam es nicht darauf an, ob der Antragsteller zuletzt als Arbeiter, Angestellter, im Bergbau, in der Seeschifffahrt oder bei der Reichsbahn beschäftigt war.

Ab 15. Oktober 1991 sind die Geschäftsstellen der Landesversicherungsanstalten (LVA) für die Entgegennahme von Rentenanträgen zuständig, wenn der Versicherte zuletzt als Arbeiter beschäftigt war. Die LVAen nehmen aber die Rentenanträge zunächst auch weiterhin von den Versicherten entgegen, die zuletzt

- im Bergbau,
  - in der Seeschifffahrt oder
  - bei der Reichsbahn
- beschäftigt waren.

Rentantragsteller, die zuletzt als Angestellte beschäftigt waren, sollten sich ab dem 15. Oktober 1991 nur noch an die Annahmestellen der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) wenden.

Versicherte, die sich nicht sicher sind, ob die von ihnen ausgeübte Beschäftigung oder selbständige Tätigkeit der Arbeiterrentenversicherung oder der Angestelltenversicherung zuzuordnen ist, können sich an folgender Grundregel orientieren:

Der Arbeiterrentenversicherung gehört an, wer überwiegend körperlich tätig ist, der Angestelltenversicherung gehört an, wer eine überwiegend geistige Beschäftigung ausübt.

Anhaltspunkt kann aber auch die erste Ziffer der von den Rentenversicherungsträgern vergebenen Versicherungsnummer sein. Wenn diese mit der Ziffer „4“ beginnt, wurde die Versicherungsnummer von der BfA vergeben. In allen übrigen Fällen (Ziffern „0“, „3“ oder „8“) wurde die Versicherungsnummer von einem anderen Rentenversicherungsträger vergeben. In diesen Fällen ist also der Rentenantrag bei der Geschäftsstelle der örtlichen LVA zu stellen.

Die Adressen der Geschäftsstellen der LVAen und der Annahmestellen der BfA können bei den Gemeinde- und Stadtverwaltungen, selbstverständlich aber auch bei den Hauptverwaltungen der LVAen und der BfA erfragt werden.

Rentanträge mit einem Rentenbeginn vor dem 1. Januar 1992 (z. B. 1. November 1991 oder 1. Dezember 1991) werden immer noch — auch wenn sie ab dem 15. Oktober 1991 gestellt werden — von den Geschäftsstellen der LVAen entgegengenommen.

Die Änderung der Zuständigkeiten bedeutet nicht, daß nunmehr ab dem 15. Oktober 1991 auch schon Rentenanträge gestellt werden sollen, wenn der Beginn der Rente weit im Jahre 1992 liegt. Wie bisher sollten Renten sukzessive, also immer erst ca. 3 Monate vor Beginn der Rente beantragt werden, um eine kontinuierliche Bearbeitung der Anträge bei den stark belasteten Rentenanstalten zu gewährleisten.

# Eine wichtige Einnahmequelle für unsere Kommunen ist gesichert

**Zum Vorschlag der Bundesregierung für eine Reform des Konzessionsabgabenrechts erklärte der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Adolf Herkenrath:**

Der vorliegende innerhalb der Bundesregierung abgestimmte Entwurf einer Verordnung über Konzessionsabgabe für Strom und Gas ist ein Kompromiß. Das Bundeswirtschaftsministerium wollte ursprünglich eine deutliche Reduzierung der Konzessionsabgaben zu Lasten der Kommunen. Bundeswirtschaftsminister Müllemann mußte erheblich zurückstehen, bis insbesondere das Bundesfinanzministerium und das Bundesinnenministerium ihre Zustimmung zum jetzt vorliegenden Kompromiß erklären konnten. Das gegenwärtige Niveau der Konzessionsabgaben als wichtige Einnahmequelle für unsere Kommunen ist damit gesichert. Die Verordnung wird nun dem Bundesrat zur Zustimmung zugeleitet.

Grundlage für die Konzessionsabgabe ist die Leistung der Städte oder Gemeinden, die ihr Gebiet einem Versorgungsunternehmen zur Verfügung stellen. Damit ist regelmäßig der Verzicht auf eigene Aufgabenerledigung verbunden. Darüber hinaus enthält die Konzessionsabgabe ein Entgelt für Benutzung von Straßen, Wegen und Plätzen; sie kann aber keinesfalls allein darauf als Anspruchsgrundlage reduziert werden.

Aus kommunaler Sicht sollte der jetzige Verordnungsentwurf zumindest in zwei Punkten weiter verbessert werden:

- Die Abkehr von einer prozentualen Beteiligung der Kommunen und Umstellung auf Festpreise schafft neue Probleme. Eine solche Regelung koppelt

Städte und Gemeinden von der Preisentwicklung ab. Es muß natürlich ausgeschlossen bleiben, daß Mehrkosten, die durch Investitionen in den Umweltschutz bedingt sind, auch noch durch Konzessionsabgaben belastet werden. Aber bei anderen Preissteigerungen ist eine Koppelung mit der Konzessionsabgabe problematisch. Dafür muß zumindest eine unmißverständliche Anspruchsgrundlage in der Verordnung geschaffen werden.

- Es ist vorgesehen, daß die Konzessionsabgabe künftig auf dem sog. Tarifblatt ausgewiesen wird. Es ist nicht einzusehen, daß ein bestimmter Kostenanteil willkürlich aus der breitgefächerten Kostenstruktur des Energieversorgungsunternehmens herausgegriffen und auf dem Tarifblatt herausgestellt wird. Mit dem gleichen Recht könnte gefordert werden, daß auch andere Kostenbestandteile sowie die Gewinne und ihre Verteilung offen ausgewiesen werden.

## Preis für Helmut Kohl

Bundeskanzler Helmut Kohl hat den „Jawaharlal-Nehru-Preis 1990 für internationale Verständigung“ erhalten. Die Verleihung dieses Preises an den Bundeskanzler wurde am 14. November 1991, dem 102. Jahrestag der Geburt Jawaharlal Nehrus, in New Delhi bekanntgegeben. Mit der vorgesehenen Ehrung werden die außergewöhnlichen Verdienste des Bundeskanzlers bei der Herstellung der Einheit Deutschlands und der Überwindung der Teilung Europas im Jahre 1990 gewürdigt.

## Die Fraktion mit sicherer Hand zu großen Erfolgen geführt

**N**ein Jahre und 52 Tage war Dregger Vorsitzender unserer CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Es war eine Zeit des politischen Erfolges für die Union: Wir haben den Staatshaushalt aus seiner desolaten Situation befreit und wieder solide gemacht; die große Steuerreform mit einer Steuerentlastung von 50 Milliarden Mark pro Jahr wurde zum Motor unseres wirtschaftlichen Aufschwungs. Die Bibel spricht von den sieben guten Jahren, die Bundesrepublik Deutschland befindet sich dank unserer Politik nunmehr im neunten Jahr ununterbrochener Konjunktur.

Gesundheitsreform, Postreform und Rentenreform waren weitere große Vorhaben zum Wohle unserer Bürger, die beweisen, daß der Regierungswechsel 1982 tatsächlich eine Wende in unserem Land herbeigeführt hat. An die Stelle der Gängelung des Bürgers haben wir die Freiheit zur Eigeninitiative gesetzt. Unter dem Vorsitz von Alfred Dregger stand und steht diese Fraktion für diese Politik.

Die Wende fand gerade auch in der Deutschland-, Außen- und Sicherheitspolitik statt. Wir setzten nicht auf „Wandel durch Annäherung“, sondern auf eine Politik, die keinen Zweifel an unserem Willen ließ, die freiheitliche demokratische Grundordnung gegenüber kommunistischem Hegemonialstreben zu verteidigen. Die Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses und die enge Zusammenarbeit mit den Partnern des westlichen Bündnisses, insbesondere mit dem damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan, waren unsere politischen Eckpunkte.

Diese Politik verankerte den Frieden in Europa. Sie zerstörte am 9. November 1989 die Mauer und damit die Spaltung Deutschlands und Europas. Die von der Friedensbewegung geforderte Politik hätte Deutschland dagegen in eine Sackgasse geführt.

Die Wiedervereinigung Deutschlands brachte große politische Herausforderungen für uns mit sich, und wir sind tagtäglich dabei, ihnen gerecht zu werden. Es gilt, die Einheit auch in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Dimension zu vollenden.

**Von Wolfgang Bötsch, erster Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag**

den. Doch wir können für uns in Anspruch nehmen, diese Herausforderungen ohne Umschweife angenommen zu haben und eine klare Politik gemäß dem Auftrag unseres Grundgesetzes, wie er 1949 im freien Teil Deutschlands formuliert wurde, zu führen.

Der 10-Punkte-Plan des Bundeskanzlers, die Wirtschafts- und Währungsunion, der Einigungsvertrag, der Fonds Deutsche Einheit, das Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost, um nur die wichtigsten unserer Maßnahmen zu nennen, sie hielten uns die vergangene Zeit in Atem, aber wir haben diese Arbeit gerne und mit

Helmut Kohl:

## Ein Mann mit nobler Gesinnung

**Alfred Dregger wurde am 25. November einstimmig zum Ehrenvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt (siehe UID 36/91). Nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses würdigte Bundeskanzler Helmut Kohl den bisherigen Fraktionsvorsitzenden mit folgenden Worten:**

Lieber Alfred Dregger, ich gratuliere Ihnen vor allem von Herzen zu diesem großartigen Abstimmungsergebnis bei der Wahl des Ehrenvorsitzenden. Das ist nicht irgendeine Manifestation, sondern es ist auch ein Symbol der Sympathie und der Zuneigung für einen Mann, der in vielen Jahrzehnten seine Pflicht getan hat, der „im Dienst“ war, wie die Amerikaner die parlamentarische Funktion zu umschreiben pflegen.

Ich kann mich nur von Herzen bedanken für die Art und Weise, wie Zusammenarbeit von Ihnen gesehen, gepflegt und gelebt wurde:

● Wenn Sie von Kameradschaft spre-

chen, dann meinen Sie Kameradschaft.

● Wenn Sie von Freundschaft sprechen, dann meinen Sie Freundschaft.

Und dann war immer noch etwas, was in Bonn nicht eben mehr selbstverständlich ist: Mit Alfred Dregger betrat immer wieder ein Mann die politische Bühne mit einer noblen Gesinnung. Er ist ein Herr: Und das ist in Bonn leider nicht allzu häufig anzutreffen. Und ich sage dies ganz bewußt, weil manche dies für altmodisch halten, wieder andere für karrierehemmend.

Ich hoffe, daß Ihr gutes Beispiel, lieber Alfred Dregger, zeigt, daß diese Gesinnung und diese Haltung nicht karrierehemmend sind, sondern daß das Miteinander, das Reden, auch das kämpferische — ohne den anderen in seinem Wesenskern zu verletzen — eigentlich ein Stück politische Kultur ausmacht. Dafür danke ich Ihnen ganz besonders herzlich, und ich freue mich, daß Sie auch weiterhin mit Rat und Tat zur Verfügung stehen.

Freude getan, so wie der 3. Oktober 1990, der Tag der deutschen Wiedervereinigung, ein freudiges Fest für uns war. Gleichzeitig sind wir dabei, Europa weiter zusammenzufügen, die Abrüstung in einer neuen Dimension fortzusetzen. Deutschland ist schon chemiewaffenfrei, die NATO wird um 80 Prozent ihre Atomwaffen verringern, in Deutschland wird es keine landgestützten taktischen Systeme mehr geben.

Wir haben mit unserer Politik seit der

Wende Geschichte geschrieben; wir sind stolz, daß wir in dieser Fraktion diese Politik mitgestalten durften, und wir danken Alfred Dregger, daß er das Fraktions-schiff sicher und zielgenau zu diesen Erfolgen führte.

Als Vorsitzender der CSU-Landesgruppe möchte ich zusätzlich dafür danken, daß er stets mit großem Verständnis die Zusammenarbeit der beiden Unionsparteien in der gemeinsamen Bundestagsfraktion gefördert und gewährleistet hat.

# Gleichwertige Lebensbedingungen auch für den Sport herstellen

**Nach einer Sitzung des Bundesfachausschusses Sport der CDU in Oberhof/Thüringen erklärte der Vorsitzende, Ferdi Tillmann: Der Bundesfachausschuß Sport der CDU hat sich auf seiner Sitzung in Oberhof mit der Situation des Sports in den neuen Bundesländern auseinandergesetzt und dazu den folgenden Beschluß gefaßt:**

Der Ausschuß unterstützt und befürwortet

- eine nach einheitlicher Methode durchzuführende Bestandsaufnahme der in den neuen Bundesländern vorhandenen Sportstätten, die Ermittlung und Klärung der Eigentumsverhältnisse und die Sicherung der Anlagen für den Sport. Treuhand und Kommunen werden aufgefordert, die Übertragung der Sportanlagen in das Eigentum der Kommunen zügig durchzuführen
- eine nach einheitlichen Grundsätzen durchzuführende Bedarfsermittlung der erforderlichen Sportstätten. Ziel sollte auch in diesem Bereich die Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Bundesländern sein

## Neue Sportanlagen

- die Berechnung des finanziellen Aufwandes für die Sanierung der vorhandenen und den Bau der neuen Sportanlagen
- die Koordinierung dieser Ermittlungen durch das Bundesinstitut für Sportwissenschaft in Köln, unter Beteiligung des Bundesministers des Innern, der Bundesländer (Konferenz der Sportminister), der Kommunalen Spitzenverbände sowie

nichtstaatlicher Organisationen, insbesondere der Deutschen Olympischen Gesellschaft und des Deutschen Sportbundes

- die erforderlichen Finanzierungsverhandlungen zwischen den Städten und Gemeinden, den Bundesländern und dem Bund auf der Grundlage eines Situations- und Entwicklungsberichtes „Sportstätten in Deutschland“. Dieser Bericht soll Teil eines „Zukunftsplanes Sport in Deutschland“ sein.

## Sportgymnasien

Der Bundesfachausschuß Sport, der in Oberhof auch die Gelegenheit zu einem Besuch im Sportgymnasium nutzte, begrüßt die Erhaltung der überwiegend Zahl der früheren Kinder- und Jugendsportschulen der DDR. Ihre Umwandlung zu Sportgymnasien mit neuen pädagogischen und sportlichen Inhalten verdient besondere Anerkennung.

Der Ausschuß appelliert an die Kultus- und Finanzminister der alten Länder, nach dem Vorbild dieser Sportgymnasien ähnliche schulsportliche Einrichtungen zu schaffen.

Er bittet die Bundesregierung zu prüfen, ob auch nach 1993 eine weitere Förderung dieser Sportgymnasien aus Bundesmitteln über die Stiftung Deutsche Sporthilfe möglich ist.

Der Deutschen Olympischen Gesellschaft wird vorgeschlagen, durch Übernahme von Patenschaften einen Beitrag zur Förderung und Entwicklung der Sportgymnasien zu leisten.



### 3. Landesparteitag in Greifswald

## Klares Votum für Günther Krause

**Bundesverkehrsminister Günther Krause wurde von den Delegierten auf dem CDU-Landesparteitag von Mecklenburg-Vorpommern am 26. Oktober mit überwältigender Mehrheit in seinem Amt als Landesvorsitzender bestätigt.**

Er erhielt 154 von 186 abgegebenen Stimmen und übertraf damit sein Wahlergebnis vom Gründungsparteitag am 3. März 1990 um fast 30 Prozent.

Zu seinen Stellvertretern wurden in der Hansestadt Greifswald der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Alfred Gomolka, der Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund, Harald Lastovka sowie der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Eckhard Rehberg, gewählt.

Ziel des Parteitages war es, neben der Verkleinerung des Landesvorstandes die engere Einbeziehung der Funktionsträger der Partei, die durch die Wahlen 1990 in die Verantwortung genommen wurden, zu ermöglichen sowie eine programmatische Aussage zur CDU als Landespartei zu treffen.

Dazu wurde ein Thesenpapier erarbeitet, das bis zur Wahl 1994 die inhaltlichen Schwerpunkte setzt. Außerdem gab sich der Landesverband eine neue Satzung, damit die CDU Deutschlands die Einheit auch auf parteilichem Wege realisieren kann.

Die Strategie der Landespartei, einen Parteifreund in Bonn, einen im Lande Mecklenburg-Vorpommern wirken zu lassen, wurde damit von den Delegierten erneut bekräftigt. Günther Krause stellte dann seine Bilanz ganz unter das Partei-

tagsmotto „Für Mecklenburg-Vorpommern — für Aufschwung im Norden“. Wirtschaftliche Themen waren die Schwerpunkte seiner Rede.

Dem Land stehen aus Bundes-, Landes- und EG-Mitteln bis 1994 über zwei Milliarden DM im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zur Verfügung. Die Bauwirtschaft ist auch im Norden ein Konjunkturmotor geworden.

Alfred Gomolka verwies auf die zurückliegende Tourismus-Saison mit einer Kapazitätsauslastung von rund 80 Prozent, die damit auch positiver verlief als erwartet.

Keine der negativen Prognosen hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung und sozialen Sicherheit wären in Erfüllung gegangen.

Mit Blick auf die Wahlen 1994 werde man alles daran setzen, wiederum stärkste politische Kraft im Land zu werden, unterstrich der Landesvater.

### Kaum Resonanz

Bei der Wahl zur ersten Ausländervertretung in Frankfurt betrug die Wahlbeteiligung knapp 20 Prozent. Damit haben sich die Hoffnungen des Dezerenten für Multikulturelle Angelegenheiten, Daniel Cohn-Bendit, zerschlagen, der vor der Wahl noch eine Beteiligung von „eher 30 als 20 Prozent“ prophezeit hatte. Ziel dieser Wahl war es, auch Bürgern ohne deutschen Paß zu Sitz und Stimme im Stadtparlament zu verhelfen.

## Bundeskanzler Helmut Kohl:

# Vertriebene sind Brücke zum Osten

**Der Bundestagsabgeordnete Helmut Sauer, Salzgitter, wurde auf der Bundesdelegiertentagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU am 29. November 1991 mit großer Mehrheit erneut zum Bundesvorsitzenden gewählt.**

Erster Gratulant war Bundeskanzler Helmut Kohl, der ihm vor den Delegierten eindrucksvoll versicherte, wie notwendig die Vereinigung in Zukunft als Ansprechpartner für die Landsmannschaften, Vertriebenen und Aussiedler als Brücke zum Osten ist. Er forderte die Vertriebenen-Union auf, in den Dialog mit den ost- und südosteuropäischen Nachbarstaaten einzutreten.

Kohl wies in seiner Rede jene Stimmen in der Union deutlich zurück, die „die Arbeit der OMV als nicht mehr notwendig begreifen“. Dazu sagte er: „Ich will es als Parteivorsitzender ausdrücklich bestätigen, daß ich die Arbeit der OMV für zwingend notwendig halte.“

Auch Generalsekretär Volker Rühle hatte in seiner Ansprache betont, daß der Einsatz der OMV für beide Unionsparteien unverzichtbar sei, wies der Vereinigung Aufgaben in den neuen Bundesländern zu und versicherte der OMV die volle Unterstützung der Bundespartei.

Helmut Sauer, der mit 86 Prozent aller Stimmen gewählt wurde, hatte zuvor in seinem Rechenschaftsbericht die erschreckende Herzlosigkeit und Gefühlskälte zahlreicher Politiker gegenüber den Heimatvertriebenen und Aussiedlern verurteilt.

Erneut kritisierte er die völlig unzureichende Dialogbereitschaft des Bundesau-

ßenministers, dessen „Geheimdiplomatie und Vogel-friß-oder-stirb-Politik“ man sich nicht länger bieten lassen werde.

Nach Abschluß der Polen-Verträge und der zu erwartenden Verabschiedung des Vertragswerkes mit Prag sollten auch die Vertriebenen sich der neuen Rolle Deutschlands in Ost- und Südosteuropa bewußt sein. Es gelte nun, verstärkt den europäischen Prozeß maßgeblich mitzugestalten und zukunftsgerichtete Formen des Zusammenwirkens zu entwickeln.

Man müsse sich verstärkt zur ernsthaften Verbesserung der Zukunftsperspektiven für die in ihrer Heimat verbliebenen

**Helmut Kohl: „Ich will es als Parteivorsitzender ausdrücklich bestätigen, daß ich die Arbeit der OMV für zwingend notwendig halte.“**

Deutschen bemühen. Alle Möglichkeiten müßten ausgeschöpft werden, damit die in der Heimat verbliebenen Deutschen in die Lage versetzt werden, eine tragfähige Brücke zwischen unserem Land und unseren Nachbarn zu bilden.

Insbesondere die polnische Seite sollte die Dialogbereitschaft der Vertriebenen aufnehmen und diese in die Neugestaltung der Beziehungen beider Völker voranschauend einbinden.

Er rief die polnische Regierung auf, die vereinbarten Volksgruppenrechte der Deutschen in dem Maße zu verbessern, wie sie diese für ihre eigenen Landsleute in Litauen gefordert hätte.

Helmut Sauer appellierte an die Delegierten, weiterhin als Partner und Ratgeber der Vertriebenenverbände tätig zu bleiben, zu Partnerschaften über Grenzen hinweg bereit zu sein, die Vermittlerrolle von ostdeutscher Kultur und Geschichte verstärkt wahrzunehmen und als Ansprechpartner für die in den Vertreibungsgebieten verbliebenen Deutschen und ihre Repräsentanten hilfsbereit zur Verfügung zu stehen.

Helmut Sauer bekräftigte eine enge Zusammenarbeit der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung — Union der Vertriebenen und Flüchtlinge — der CDU/CSU mit dem Bund der Vertriebenen und allen Landsmannschaften wegen ungelöster Fragen des Selbstbestimmungsrechtes, des Rechtes auf die angestammte Heimat, der Entschädigung, des Rückkehrrechtes, des Finanzausgleiches für die Vertriebenen zwischen Elbe und Oder in Mitteldeutschland, der Verbesserung der Kulturförderung für die bisherigen ostdeutschen Gebiete und in Osteuropa sowie eines gerechten Beschlusses der Kriegsfolgengesetzgebung.

Die beiden Staatssekretäre Eduard Lintner und Walter Priesnitz aus dem für die Vertriebenen zuständigen Bundesinnenministerium vermittelten in ihren Refera-

ten über die Situation in Mitteldeutschland sowie über die Lage der in ihrer Heimat verbliebenen Deutschen ein anschauliches Situationsbild.

Der Vorsitzende der Vertriebenen-Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hartmut Koschyk, berichtete über die parlamentarische Arbeit zur Hilfe für diese Bevölkerungsgruppen.

## Wahlen

Herbert Hupka bleibt weiterhin Ehrenvorsitzender. Die Bundesdelegiertentagung wählte in weiteren Wahlgängen zu stellvertretenden Vorsitzenden: Ursula Besser (Berlin), Rudolf Friedrich, MdL (Frankfurt), Rüdiger Goldmann, MdL (Düsseldorf), Kurt Josef Rossmann, MdB (Marktoberdorf); zum Schatzmeister: Hans Erich Frhr. von Bodenhausen (Celle); zu Beisitzern: Rosy-Angela Braun (Wiesbaden), Sibylle Dreher (Hannover), Hartmut Gassner (Bonn), Staatssekretär Walter Priesnitz (Bonn), Sieghard Rost (Nürnberg), Hans-Georg Schastok (Stuttgart/Dresden), Erich-Karl Stübs (Bad Schwartau), Erich Weidlich (Worms); zum Hauptgeschäftsführer: Gerold Rummler (Bonn). ■

## Technologiezentren schaffen Arbeitsplätze in den neuen Ländern

Der Aufbau von Technologiezentren in den neuen Bundesländern ist ein wichtiger Schritt zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Zentren würden als Keimzellen für den Know-how-Transfer auch einen wichtigen Beitrag leisten.

Diese Ansicht vertrat der Vorstandsvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft

Deutscher Technologie- und Gründerzentren (ADT/Berlin), Guido Baranowski.

1990 war in Dresden das erste Technologiezentrum der neuen Länder eröffnet worden. Mittlerweile arbeiten in den neuen Ländern 20 Zentren mit mehr als 250 Betrieben und 800 Beschäftigten.

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1



Die neue Weihnachts-CD der CDU mit Weihnachtsliedern aus aller Welt ist eine musikalische Weihnachtsreise durch die Länder dieser Erde mit dem Philharmonic Chamber Orchestra. Bestell-Nr.: 9450, Verpackungseinheit: 5 Exemplare, Preis je Exemplare: 32,— DM. Bestellungen an: IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold.

# UID

37/91

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis:** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis:** 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.